

Marokkaner wollte Anklage-Verlesen verhindern

☒ Ein vielfach ausgewiesener Marokkaner musste sich am Donnerstag vor der Strafkammer des Frankfurter Landgerichts wegen zahlreicher Fälle von Einbruchsdiebstahl und ungesetzlicher Verwendung von Urkunden verantworten. Das passte dem 32-Jährigen, der bereits 1990, 1996, 1998, 2000 und 2001 wegen ähnlicher Delikte nach Hause abgeschoben wurde und immer wieder einreisen durfte, gar nicht.

Die FAZ vom 12.03.2010 (Nr. 60 / S. 46) berichtet:

Mit lauter Stimme und dramatischer Gestik hat sich gestern ein 32 Jahre alter Marokkaner vor der 31. Großen Strafkammer des Frankfurter Landgerichts in Szene gesetzt. Er wollte, so jedenfalls schrie er, das Verlesen der Anklage verhindern. Sie sei sprachlich missverständlich, weil sie als Behauptung und nicht in der Möglichkeitsform verfasst sei.

Richterin Susanne Franke, Vize-Präsidentin des Landgerichts, ließ Geduld walten. Sie hätte den tobenden Angeklagten leicht abführen lassen können, Angeklagte, die drohen und beleidigen, braucht das Gericht nicht zu dulden. Die Vorsitzende ordnete eine Pause an, der Mann ließ sich von seinem offenkundig kummer gewohnten Verteidiger beruhigen. „Ich kenne ihn schon länger“, meinte der Advokat sanft resignierend.

Tarik M. stammt aus Marokko. Er wurde 1996, 1998, 1990, 2000 und 2001 aus der Bundesrepublik ausgewiesen und nach Hause abgeschoben. Immer wieder gelang ihm die Einreise. Inzwischen hat er in Deutschland mehr als vier Jahre Freiheitsstrafe verbüßt, unter anderem wegen Körperverletzung, die er an seiner Ehefrau begangen hat, und Brandstiftung in seiner Gefängniszelle. Er ist ein Mensch, der Vorschriften, Regeln,

Gesetze missachtet, zugleich aber in hohem Grad von sich selbst überzeugt ist und erwartet, dass ihm gehorcht wird.

Seit gestern nun steht M. wegen zahlreicher Fälle von Einbruchsdiebstahl und ungesetzlicher Verwendung von Urkunden vor Gericht. Laut Anklage hat er sich im Sommer 2003 auf relativ raffinierte Weise Zutritt zum Wohnheim der Krankenschwestern des Höchster Klinikums verschafft, in Gemeinschaftsräumen Dutzende von Spinden aufgebrochen und zeitweise heimlich in einem Zimmer genächtigt, das wegen eines Urlaubs der Bewohnerin leer stand. Fernsehapparat und Stereoanlage der Frau machte er bei einem Hehler zu Geld, mit Kreditkarte und passender Geheimnummer, die er aus der Post einer anderen Geschädigten fischte, verschaffte er sich ein paar hundert Euro Bares. Dreist auch dieser Trick: Mit gestohlenen Krankenunterlagen stellte er sich in der Universitätsklinik vor und ließ mit falschem Namen eine Verletzung behandeln. Die Beweisaufnahme hat gestern mit ersten Zeugenvernehmungen begonnen.

Ist es nicht beruhigend, wie unendlich einfühlsam wir mit fremden Kulturen umgehen?

(Spürnase: Stefan E.)

**Kurden-Clans : Timke
attackiert Senator Mäurer**



Über die organisierte Kriminalität der kurdisch-arabischen Großfamilien in Bremen und die absolute Hilflosigkeit von Polizei und Justiz diesbezüglich, haben wir bereits häufiger berichtet. Jetzt kündigte Innensenator [Mäurer](#) (SPD), nach [Null-Toleranz](#) und einem heißen Herbst im letzten Jahr erneut an, gegen die Schwerstkriminellen mit einem [knallharten Maßnahmenpaket](#) vorgehen zu wollen. Diese Aussagen nahm der BIW-Abgeordnete [Jan Timke](#) (39, Foto) zum Anlass, um den Innensenator für seine wiederkehrend verpuffenden Versprechungen äußerst scharf zu attackieren.

Die [BILD](#) berichtet:

TIMKE GEHT AUF MÄURER LOS:

„Ihr Programm gegen kriminelle Familien ist ein Witz“

Schwere Vorwürfe gegen Innensenator Ulrich Mäurer (SPD). Sein Programm gegen kriminelle Familienclans stößt jetzt auf harte Kritik.

Der Abgeordnete Jan Timke von der Wählervereinigung „Bürger in Wut“ (BIW) sagt: „Der Senator betreibt Augenwischerei, will die Bevölkerung nur beruhigen, statt ernsthaft gegen diese Kriminellen vorzugehen.“

Schon im September erklärten Senator und Polizeichef Holger Münch den rund 66 Intensivtätern der kriminellsten Familien über die Medien den Krieg. (BILD berichtete). Doch bisher ist nicht viel passiert.

Timke: „Es ist naiv anzunehmen, man könne die Angehörigen der Großfamilie M. und ihr Umfeld mit Sanktionen wie

Führerscheinentzug oder verschärften Kontrollen beeindrucken. So weit ich weiß, wurden bisher auch erst zwei Führerscheine kassiert.“

Timke fordert deshalb: „Schwerkriminelle Angehörige der arabisch-kurdischen Clans müssen in ihre Herkunftsländer ausgewiesen werden. Erfahrungen anderer Kommunen zeigen, dass dieses Vorgehen einen spürbaren Rückgang der Straftaten zu Folge hat.“

Auch andere Bremer Politiker schlagen in die Kerbe. FDP-Fraktionschef Uwe Woltemath: „Mit den angekündigten Maßnahmen hält man kriminelle Clans doch nicht von weiteren Straftaten ab. Damit macht man sich eher lächerlich.“

Was sagt der Innensenator dazu?

Ulrich Mäurer zu BILD: „Auch Herr Timke muss erkennen, dass wir in einem Rechtsstaat leben. Wann immer es möglich ist, werden Abschiebungen auch vorgenommen.“

Das neuste [Maßnahmenpaket](#) des Innensenators wird die kurdisch-arabischen Schwerstkriminellen diesmal ganz sicher fürchterlich doll beeindrucken!

Bemerkenswert ist die Tatsache, dass Jan Timke mit seiner Forderung nach einer Abschiebung ausländischer Schwerstkrimineller ein „politisch inkorrektes“ Thema anspricht, ohne dafür von den Medien sofort als böser Rechtsradikaler tituliert zu werden...

Die BILD lädt in ihrem Artikel zur [Diskussion](#) über das Thema ein...

PI-Beiträge zum Thema:

- » [Null Toleranz“ in Bremen](#)
- » [Senator Mäurer: “Türken sind quasi EU-Bürger”](#)
- » [Kriminalität: Die deutsche Opfergesellschaft](#)
- » [“Eh, ich bin ein M. Gib mir dein Handy!”](#)

- » [“König von Marokko” herrscht in Bremen](#)
 - » [Bremen: Kapitulation vor dem Verbrechen?](#)
 - » [Die Polizei, Dein Freund und Helfer?](#)
 - » [Bremer Polizei: Erfolgreich deeskaliert](#)
-

Wilders in Almere: „Hisst die Fahnen!“



Am 3. März finden in den Niederlanden Kommunalwahlen statt, die als erster Stimmungstest für die vorgezogenen Neuwahlen zum Parlament am 9. Juni angesehen werden. Die PVV von Geert Wilders, die bei der Gemeinderatswahl nur in Den Haag und in [Almere](#) antritt, liegt in beiden Städten nach Umfragen vorn. Wir veröffentlichen nachfolgend die Übersetzung einer beeindruckenden [Wahlkampfrede von Geert Wilders](#), die er vor wenigen Tagen in Almere hielt.

Liebe Mitbürger, zunächst eine kurze Anmerkung: Falls Mitglieder der PvdA (Sozialdemokraten) heute Abend anwesend sind: hier ist eine Nachricht für Sie. Am Ende der Rede werde ich diese [in Arabisch](#) austeilen, so dass auch Sie verstehen können, was ich gesagt habe.

Eine lange Zeit schon wird von der PvdA nicht mehr die Sprache der normalen Männer und Frauen gesprochen. Die Partei von Wouter Bos spricht Arabisch. Sie werden sicherlich schon davon gelesen haben, dass die PvdA ihr Wahlkampfprogramm in Arabisch verteilt hat. Aber wissen Sie auch, was es aussagt? Konnten Sie es lesen? Wahrscheinlich nicht. Also, ich habe versucht es für Sie zu übersetzen und es sagt uns ungefähr dies: „Ich Jeltje van Nieuwenhoven, Sie bekommen hübsche Wohltaten, Sie werden mögen, wir Holländer zahlen alles hübsch.“ Mit anderen Worten: bringt eure ganze Familie mit, weil das Geld hier auf den Bäumen wächst. Die PvdA sorgt gut für ihr Stimmvieh.

Meine Damen und Herren, wie schön ist es hier in Almere zu sein, wie schön ist es in diesem neuen Land zu sein, das in den 50er- und 60er-Jahren dem Meer abgewonnen wurde. An diesem Abend geht es aber natürlich um die Wahlen am nächsten Mittwoch in der Stadt Almere. Ich werde Ihnen später noch etwas dazu sagen – auch über die hervorragende Arbeit unseres Parteiführers Raymond de Roon und seinem fantastischen Team in dieser schönen Stadt. Aber ich will Ihnen auch noch ein paar andere Dinge mitteilen. Vielleicht haben Sie davon gehört, dass kürzlich das Kabinett zurück getreten ist.

Es war das Kabinett von Monsigneur Balkenende und Monsigneur Bos. Deren Motto war „zusammen leben, zusammen arbeiten“. Und nach drei Jahren wurde aus diesem Motto „eine neue Wahl ausrufen“. Es scheint so, dass dies keine Regierung der Kooperation, sondern eher ein Kabinett der Ausreißer war. Gerade als die ökonomischen Probleme unseres Landes am schlimmsten waren, nahmen sie ihre Beine in die Hand.

Ich weiß nicht, wie Sie das sehen, aber eine Regierung, die in der Tat nicht regiert, kann sofort gehen. Balkenende-Bos haben in den vergangenen drei Jahren nichts erreicht. Sogar ihr hauptsächliches Ziel – sicher zu stellen, dass man bis zum Alter von 67 Jahren arbeiten gehen muss – ist noch immer unvollendet. Ich war nicht traurig als das Kabinett zurücktrat. Besser noch: es waren die besten Nachrichten

dieses Jahres. Meine erste Reaktion war: Hisst die Fahnen! Dies ist ein Kabinett der hohen Steuern und der hohen Bonuszahlungen für Banker gewesen, ein höheres Alter für staatliche Renten und höhere Kriminalitätsrate in den Niederlanden. Was diese Regierung besonders ausgezeichnet hat, war der Anstieg der Masseneinwanderung, die Unterstützung der Islamisierung unseres Landes und das Auslöschen des holländischen Charakters der Niederlande. Kurz gesagt alles, was wir ohnehin nicht vermisst haben.

Diese Regierung hat nicht geruht, bis an jeder Straßenecke in den Niederlanden ein Minarett gebaut wurde und auf der gegenüber liegenden Straßenseite das Auszahlungsbüro für die Sozialhilfe. Und ich muss zugeben, sie haben ihr Bestes gegeben. Balkenende-Bos haben ihr Versprechen gehalten. Niemals zuvor war der Zuzug der Immigranten so groß und niemals zuvor wurden so viele Immigranten geduldet. Diese Regierung hat alle Rekorde gebrochen. Wenn Masseneinwanderung eine Olympische Disziplin wäre, dann wäre Balkenende erfolgreicher als Sven Kramer, Mark Tuitert und Irene Wust in einer Person.

Nun werden wir Neuwahlen haben. Die anderen Parteien machen sich jetzt alle warm. Sie denken vielleicht: um die Probleme der Niederlande zu lösen. Aber nein: das Einzige, wogegen sie antreten, ist die PVV. Also eine gemeinsame Front gegen uns. Eine Art Absperrkette.

Und sehen Sie, daran erkennen wir wieder die PvdA. Die PvdA denkt immer noch, sie sei eine große Partei, die die Niederlande regiert. Ein arroganter Club, alle mit sich selbst beschäftigt. Sie gehen in den Wahlkampf mit dem Slogan: „Jeder zählt.“ Aber sie machen gerne eine Ausnahme für die Wähler der PVV. Diese Menschen zählen nicht. Sie sind unwichtig. Ich denke, es gibt nur ein Heilmittel für Herrn Timmermanns. Und das ist ein überwältigendes Wahlergebnis für die PVV. Zuerst am 3. März und dann am 9. Juni. Zusammen werden wir der PvdA einen Dämpfer verpassen.

Das würde Wouter Boos eine Lektion erteilen. Er erklärt immer wieder, dass „der Islam in die Niederlande gehört“. Wenn wir bei den Wahlen erfolgreich abschneiden, wenn wir die Wahlen gewinnen, dann wird er wahrscheinlich erklären, dass „die PVV in die Niederlande gehört.“

Die Sozialistische Partei befindet sich auch in einem großen Schlamassel. Die arme Agnes [Agnes Kant, Fraktionsvorsitzende der SP]. Sie will so viel, aber ihr Vorsitzender Jan [Marijnissen, Mitbegründer und ehemaliger Fraktionsvorsitzender] erlaubt ihr so wenig. Jeden Tag gehen sie miteinander essen, und dann schreibt Agnes alles in ihr Notebook hinein, was Jan ihr diesmal zu tun befiehlt. Und das ist dann das, was sie tut.

Aber letzten Dienstag ist alles schief gelaufen. Die kleine Agnes sagte etwas ohne ihren Papa Jan und gab der Sache eine Wendung. „Nein, nicht die PVV ausschließen,“ und ein wenig später sagte Jan im Radio genau das Gegenteil. Er würde „niemals“ mit uns auskommen. Und wieder wurde klar, wie das in der SP läuft. Jan Marijnissen ist der Boss und Agnes Kant darf nur den Abwasch machen.

Die Partei für die Freiheit hat einen Fixpunkt für Kabinettsverhandlungen. Wir sagen: es ist gut mit uns zu sprechen. Wir sind für die Niederlande da, wir sind für die Menschen da, deshalb freuen wir uns darauf, Verantwortung als Koalitionspartei zu übernehmen. Die PVV ist dazu bereit. Aber um eine Koalition mit der PVV einzugehen, muss man das Folgende wissen: das Eintrittsalter für die AOW [Renteneintrittsalter] wird bei 65 Jahren bleiben. Das Vermächtnis von Willem Drees [PM, der in den 50er Jahren diese AOW (damals noch steuerneutral) einführte und seine Mitgliedschaft bei der PvdA in den frühen 70er-Jahren wegen deren linker Politik kündigte] ist bei der Partei für die Freiheit in guten Händen!

Mitbürger, ihr wisst, dass die PVV eine Partei ist, die für

euch sorgt. Wir wissen, dass das Rückgrat der Niederlande die Lehrer, Krankenschwestern und Polizisten sind. Alle Menschen, die sicherstellen, dass die Niederlande in der Lage sind, weiter zu machen. Menschen, die ein Recht auf ein würdiges Alter haben. Menschen, die ein Recht auf eine AOW haben, wenn sie 65 Jahre alt sind.

Nun zu Almere, dieser schönen Stadt. Liebe Menschen, es liegt etwas in der Luft. Atmen Sie tief ein. Sie können es riechen. Es ist der Geruch des Sieges! Hier in Almere präsentiert die Partei für die Freiheit eine ihrer stärksten Waffen. Unseren Justizsprecher im Parlament: Raymond de Roon.

Raymond ist ein Geschenk, das wir im Jahr 2006 erhalten haben. Eines Tages klopfte jemand von der Spitze der Staatsanwaltschaft an meine Tür. Jemand, der jeden Tag um sich herum sehen konnte, was auf den Straßen passiert. Jemand, der ein Büro im Herzen von Amsterdam hatte, und der wie kein anderer wusste, wie sehr die Stadt unter der Kriminalität litt. Nach den Wahlen erschien Raymond, um die Kriminalität im Parlament zu bekämpfen. Er plädierte für längere Haftstrafen, für Mindeststrafen, für härteres Vorgehen gegen Straftäter und weniger Behaglichkeit und Komfort in Gefängnissen.

Raymond de Roon und sein Team haben die Hürden hoch gebaut. Sie sagen: Almere muss zur sichersten Stadt der Niederlande werden. Das Angebot, das die PVV hier in Almere macht, ist daher kristallklar. Mehr Polizei auf der Straße und zusätzliches Sicherheitspersonal durch neue, städtische Kommandos, weniger Fördermittel und weniger Beamte im Rathaus und die Verwendung dieser Gehälter für mehr Sicherheit, eine härtere Gangart gegenüber dem kriminellen Abschaum, hauptsächlich Terroristen aus Marokko und von den Antillen; wir müssen dieses starrsinnige Ärgernis zwingen in Containerhäuser außerhalb des Stadtbezirks zu ziehen, außerhalb des Stadtgebiets; mehr CCTV und mehr Polizei auf die Straße. Die Polizisten müssen weg von ihren Schreibtischen und Computern und raus auf die Straße springen.

Hier ist eine andere Geschichte von der PvdA. Schauen Sie hier [in Almere], wofür die PvdA-VVA Bezirksregierung ihr Geld ausgeben will. All diese bizarren, multikulturellen Subventionen. Türkische Handarbeit, marokkanisches Hüpfspiel, anatolischer Korbball, arabisches Fingermalen – aus reiner Blödheit wissen sie nicht, wofür sie Ihr Geld ausgeben sollen. Almere hat z.B. seinen eigenen „Tag des Dialogs“, ich habe zuerst nicht gewusst, was ich da gehört habe. Denn tausend Jahre lang haben sich die Menschen einfach unterhalten, wenn sie es so wollten. Zum Beispiel, indem man miteinander eine Tasse Kaffee trinkt. Aber in der Stadt von Annemarie Jorritsma [Bürgermeisterin von Almere] passiert das auf eine völlig andere Art und Weise. Der Subventionshahn wird geöffnet und die Menschen unterhalten sich unter Aufsicht der örtlichen Behörden.

Für die PvdA ist dies die Grundlage ihrer Politik. Und zwar so lange sie damit ihrem Stimmvieh nützlich sein können. So lange sie Geschenke an Menschen geben können, die immer noch links wählen.

In den vergangenen Monaten hat sich Raymond de Roon mit ziemlich vielen Menschen aus dieser Stadt getroffen. Und diese Bürger haben unserem Kandidaten immer und immer wieder Folgendes erzählt: senkt unsere Steuern; verringert diese Belastungen! Was sie selbst verdienen, wollen sie auch für sich selbst behalten. Und so wird sich die PVV genau hier in Almere an die Arbeit begeben: Senkung der Vermögenssteuer, Kürzung der Parkgebühren um die Hälfte und weg mit der Abwassergebühr- und Müllbeseitigungssteuer.

Die Partei für die Freiheit hat in den letzten Wochen einen hervorragenden Wahlkampf geführt. Raymond und sein Team zum Beispiel haben letzte Woche den C1000 Supermarkt am Hafen von Almere besucht, der erst letztens überfallen worden war und einigen Mitarbeitern dabei Pistolen an den Kopf gehalten worden waren. Kein Wunder, dass einige der Opfer immer noch tief betroffen sind. Es war eine großartige Idee, sie zu besuchen.

Es ist gut, dass ein Volksvertreter sich selbst informiert, was dieses Fehlen an Sicherheit für die normale Bevölkerung bedeutet. Schauen Sie, das ist die wahre Politik der PVV. Nicht das Zählen von Artikeln über Politik, sondern den Bürgern zu helfen.

Mir wurde erzählt, dass die Bürgermeisterin Jorritsma hier einen Spitznamen hat „Frau Zwischenfall“. Jedes Gewaltverbrechen, jeder Überfall wird als „Zwischenfall“ hinweggefegt. Aber es ist an der Zeit, dass wir uns wieder den Opfern der Gewalt und der Belästigung zuwenden und uns darauf konzentrieren. Raymond und sein Team tun genau das, und deshalb freut sich die PVV in dieser schönen Stadt auf eine wunderbare Zukunft.

Und ich habe weitere gute Nachrichten für Sie. Ich habe von unseren Parteiführern in Almere und Den Haag gehört, was die Hauptforderung sein wird bei den [Koalitions]verhandlungen in Almere und Den Haag nach dem 3. März: Das wird ein Verbot für Kopftücher sein, in öffentlichen Verwaltungsgebäuden und anderen Institutionen, Stiftungen oder Gemeinschaften, wenn sie auch nur einen Penny an Unterstützung von den Behörden bekommen. Auf jeden Fall ein sofortiges Verbot von Kopftüchern, weg mit dem Frauen erniedrigenden, islamischen Symbol. Und um es klar zu sagen: das bedeutet jedoch nicht, dass dies auch für Kreuze oder Jarmulke gilt, denn dies sind die Symbole von Religionen, die zu unserer Kultur gehören und nicht – wie im Fall der Kopftücher – ein Zeichen einer unterdrückenden, totalitären Ideologie.

Liebe Mitbürger, wir hier in Almere werden gegen den Strom schwimmen, um am Mittwoch ein großartiges Ergebnis zu erzielen. Ich bin davon überzeugt, dass nicht nur in den Niederlanden, sondern in ganz Europa viele die PVV beobachten werden. Sie können den Unterschied ausmachen. Sie können dies den gesamten Niederlanden am Mittwoch zeigen: Almere wählt die PVV. Almere wählt die Zukunft.

Und dann werden Sie noch etwas anderes tun. Mit einem durchschlagenden Sieg werden Sie die Basis für einen Erfolg der PVV bei der Parlamentswahl legen – wenn am 9. Juni Hunderttausende, vielleicht sogar Millionen Menschen in den gesamten Niederlanden die Partei für die Freiheit wählen.

Zusammen werden wir sicherstellen, dass eine neue Stimme gehört werden wird in Den Haag und in Almere und im ganzen übrigen Land: Weg mit der politischen Elite: es wird Zeit für die PVV!

Vielen Dank!

(Übersetzung: LIZ für EuropeNews / Quelle: [Gates of Vienna](#))

Köln: Kirche bildet moslemische Seelsorger aus



Wenn das nicht praktizierende Nächstenliebe ist: Die evangelische Kirche im stark bereicherten Kölner Stadtteil Buchheim sorgt dafür, dass moslemische Seelsorger ausgebildet werden, die im Trauerfall islamischen Familien unter die Arme greifen. Dies ist nicht etwa Aufgabe der Moscheegemeinden. „Wir wollen die Leute gut ausbilden“, sagt die Kölner Seelsorgerin Jutta Unruh (Foto).

Der WDR [berichtet](#):

Können christliche Seelsorger auch Muslimen beim plötzlichen Tod eines Angehörigen helfen? Schon, sagt die evangelische Kirche – aber eine Notfallseelsorge von Muslimen für Muslime wäre ideal. Deshalb bildet sie erstmals muslimische Ehrenamtliche aus.

(...)

Auf dem Stundenplan stehen viele Themen: Aufbau, Struktur und Arbeitsweisen der Notfallseelsorge, der Umgang mit toten Menschen, das richtige Verhalten bei Kindstod, Suizid oder Unfalltoten. „Wir wollen die Leute gut ausbilden“, sagt Jutta Unruh. Später sollen die Ehrenamtlichen Pools bilden, aus denen dann bei Bedarf die richtige Person für den akuten Notfall ausgewählt wird. „Oft sind es schon die Sprachbarrieren, die uns christlichen Seelsorgern die Arbeit schwer machen.“ Wie soll man Familien betreuen, deren Sprache man nicht spricht? Und: Welche Worte sind die richtigen bei muslimischen Angehörigen? Wie macht man Angehörigen, in deren Kultur die Beerdigung innerhalb von 24 Stunden vorgesehen ist, klar, dass der Staatsanwalt den Toten erst nach mehreren Tagen freigeben wird? Was macht man bei einem Selbstmord, der bei Muslimen nicht akzeptiert wird? „In solchen Situationen ist es gut, wenn ein Muslim die Trauernden begleitet.“

(...)

Wenn der Kurs beendet ist, werden Jutta Unruh und ihre Kollegen abwägen, ob alle Teilnehmer für die Arbeit in der Notfallseelsorge in Frage kommen. Eines wird der Kurs dann aber schon erreicht haben: Die christlichen Seelsorger werden auf Muslime aus Syrien, Bosnien, der Türkei, Afghanistan, Marokko und Deutschland zurückgreifen können. Die Sprachbarriere wird somit fallen. Dann allerdings werden andere Probleme auftauchen: Kann ein Türke kurdische Angehörige betreuen? Wie sieht das bei Schiiten, Sunniten und Aleviten aus? „Die muslimischen Ehrenamtlichen der Pools werden selbst auswählen müssen, wer der richtige für diesen speziellen Notfall ist“, sagt Jutta Unruh.

Donnerwetter, so viel Eigenverantwortung sollen die Moslems übernehmen?

(Spürnase: Rabe K.)

„Oben ohne“: Verprügelt und vergewaltigt



Weil sie ohne Kopftuch aus dem Haus ging, soll ein 47-jähriger Arzt aus Syrien seine Frau verprügelt und vergewaltigt haben. Natürlich bestreitet der die Tat. Die Frau, anrühig, da bereits dreimal geschieden, habe nur eine Scheinehe mit ihm geführt. Der erste Ehemann aus Marokko soll nun als Zeuge vernommen werden. Dieser sei ebenfalls fälschlich der Vergewaltigung und Körperverletzung bezichtigt worden. Fälschlich? Konnte die Frau etwa keine vier Zeugen beibringen? [Mehr...](#)

(Spürnasen: Florian G. und Alex)

„Keine Toleranz gegenüber der Intoleranz“



Unterstützer der

Islamisierung Schleswig-Holsteins: Bad Segebergs Bürgermeister Dieter Schönfeld (SPD) und CDU-Ministerpräsident Carstensen.

Auch in der Stadt der Karl-May-Festspiele, Bad Segeberg, plant ein türkisch-islamischer Kulturverein den [Bau einer großen Moschee](#). Unterstützung erfahren die Muslime bei Bürgermeister Dieter Schönfeld. „Die Verwaltung hat sich auch schon mehrere Grundstücke und Gebäude, die aus Sicht des Vereins in Betracht kämen, angeschaut“, so Schönfeld. Grund für PI-Leser Herbert Nowitzky, einen Offenen Brief an den Bürgermeister zu schreiben.

Offener Brief zum geplanten Bau einer neuen Moschee in Bad Segeberg

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

als ob es das klare und bewusste Votum der Schweizer Bürger gegen eine weitere Islamisierung nicht gegeben hätte, soll – nach dem Bau der Großmoschee in Rendsburg und nach der Eröffnung einer fünften Moschee in Lübeck – nun auch in Bad Segeberg eine „größere“ Moschee entstehen.

Schon im Bauantrag ist davon die Rede, dass auch hier der „Gebetsraum“ der Männer doppelt so groß geplant ist wie der für Frauen, die die Moschee nur durch einen Nebeneingang

betreten dürfen. Einmal mehr wird schon an diesen „Nebensächlichkeiten“ die Diskriminierung von Frauen im Islam deutlich. Doch das ist nicht der Grund meines Schreibens. Es geht mir vielmehr um grundsätzliche Anmerkungen.

Moscheebauten in unserem Lande müssen in einem anderen Zusammenhang gesehen werden. Moscheen sind Herrschaftszeichen des Islam und zeigen eine weitere Islamisierung an. Die öffentliche Meinung dazu ist in der Schweiz eindrücklich belegt worden. In Deutschland ist diese öffentliche Meinung noch eindrucksvoller: „Bild“ befragte 249.646 Personen hinsichtlich des Verbots von Minaretten. 82 Prozent waren dafür! Ein ähnliches Umfrage-Ergebnis erbrachte der WDR nach der „Hart-aber-fair“ Sendung am 2.12.: hier waren sogar 83 Prozent gegen Minarette. Eine höchst fragwürdige veröffentlichte und politisch korrekte Emnid-Umfrage von etwa 1.000 Personen ergab, dass angeblich nur 48 Prozent gegen ein Verbot waren!

Politiker aller Parteien und Vertreter der „offiziellen“ Kirche kritisierten jedoch den Schweizer Bürgerentscheid einhellig und heftig, weil sie schon lange bar jeder Realität regieren bzw. (ver)föhren. Beide, Staat und „offizielle“ Kirche, werden von der Mehrheit nicht mehr akzeptiert. Das gilt auch für viele Kommunalpolitiker.

Was aber ist eine Moschee? Sie ist jedenfalls keine Kirche! Aber sie ist der „Ort der Niederwerfung“ vor Allah! Dieser Allah ist eine Wüsten-Gottheit, die mit drei Töchtern sowie etwa 360 anderen Götzen schon vor dem Auftreten Muhammads in der Kaaba in Mekka verehrt wurde. Dem „letzten und größten aller Propheten“ gelang es dann, diesen Allah in blutigen Kämpfen als einzige höchste Gottheit durchzusetzen und eine neue Gesellschaftsordnung, den Islam (=Unterwerfung), einzuföhren. In der Schari´a, dem religiös verbrämten islamischen Staatsgrundgesetz, ist das private und staatliche Leben bis ins Einzelne geregelt und entspricht Wort für Wort den Lehren des Koran. Das „heilige“ Buch der Muslime nennt

auch das Ziel der „Unterwerfung“: „Er (Allah) ist´s, der seinen Gesandten mit der Leitung und der Religion der Wahrheit entsandt hat, um sie über jeden anderen Glauben siegreich zu machen ...“ (Sure 48,28). Wie das gegebenenfalls geschehen soll, erfahren wir in Sure 9,111: (Denen gehört das Paradies), „die auf dem Wege Allahs streiten, die töten und getötet werden; ihnen gehört die wahre Verheißung“. Von dieser Art gibt es mehr als 200 Surenverse, die sich gegen die „Schriftbesitzer“ richten und keinen Zweifel auch an einer gewaltsamen Ausbreitung des Islam lassen. Da der Koran als das „authentische“ Wort Allahs gilt, darf es weder kritisiert noch verändert werden. Im Islam bilden Staat und Religion eine untrennbare Einheit. Deshalb lehnt der Islam auch eine demokratisch-freiheitliche Gesellschaftsordnung als „unislamisch“ ab. Dennoch billigen unsere Politiker dem Islam die Artikel 4 und 7 Grundgesetz als Schutz zu, obwohl diese Artikel ausdrücklich nur die „Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit“ (Art. 4) sowie den (christlichen) Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen schützen.

Eine Moschee ist mit ihren Minaretten das augenfälligste Symbol für den Herrschaftsanspruch des Islam – vor allem in Gebieten, wo die islamische Herrschaft noch nicht durchgesetzt ist.

Bestätigt wird das durch den türkischen Ministerpräsidenten Erdogan, der sich sehr oft und ungerügt in die inneren Angelegenheiten unseres Landes einmischt und selbst Türken mit deutschem Pass weiterhin als türkische Bürger betrachtet, die sich nicht assimilieren sollen. In öffentlichen Reden – auch hier in Deutschland – zitiert er gerne ein Wort des Dichters Ziya Gökalp, das in jedem türkischen Lesebuch zu finden ist: „Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette und die Gläubigen sind unsere Soldaten!“ Seine Einstellung zur Demokratie ist auch kein Geheimnis, obwohl doch die Türkei dem „Christenclub“ Europa beitreten will: „Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am

Ziel sind.“

Unser Ministerpräsident H.P. Carstensen ist da jedoch ganz anderer Meinung. Bei der Einweihung der großen Moschee mit zwei 26 Meter hohen Minaretten in Rendsburg strahlte er: „Ich bin stolz, eine solche Moschee in m e i n e m Bundesland zu haben ... Die Moschee wird ein Symbol für Frieden und Freiheit sein.“ Mit keinem Wort appellierte er an die vermeintliche Toleranz der „Religion des Friedens“ gegenüber den leidenden Christen in islamischen Ländern.

Wer hat denn nun Recht? Der Koran gibt darüber Auskunft – aber bitte keine windelweichen Auslegungen lesen! In mehr als 200 Surenversen fordert er unmissverständlich zum Kampf gegen die „Ungläubigen“ (Christen und Juden) auf: „Schlimmer als das Vieh sind bei Allah die Ungläubigen ...“ (Sure 8,55) Und: „Kämpfet wider sie, bis kein Bürgerkrieg mehr ist, und bis alles an Allah glaubt!“ (Sure 8,39)

Wer nun meint, dass die Äußerungen Erdogans oder das Wort Allahs im Koran nicht auf die Goldwaage gelegt werden sollten, wird eines Besseren belehrt. Sowohl der Vorsitzende des mächtigen Zentralrates der Muslime in Deutschland (ZMD), Dr. „Ayyub“ Köhler, als auch das wichtigste Mitglied im Vorstand, Dr. Wilfried „Murad“ Hofmann, beide Konvertiten, (Generalsekretär des ZMD ist übrigens der eloquente Deutsch-Syrer Aiman Mazyek) äußern sich deutlich.

Hofmann war lange Jahre bis 1994 deutscher Botschafter in Algerien und Marokko. Obwohl er 1980 zum Islam konvertierte, durfte er unseren Rechtsstaat noch bis 1994 dort vertreten! Heute ist Hofmann für die islamische Jugendarbeit zuständig und vertritt den ZMD zusammen mit Köhler beim so genannten „Islamgipfel“ des Ex-Innenministers Schäuble. Für seine Bemühungen um den Islam erhielt er 2008 das Bundesverdienstkreuz. Im September 2009 wurde er durch den Herrscher von Dubai geehrt und erhielt die „hohe“ Auszeichnung „Islamic Person of the Year“, die mit 180.000 Euro einhergeht.

Diese Auszeichnung ist bemerkenswert, wurde sie doch erstmals an einen europäischen Muslim vergeben und belohnt dessen Einsatz für die islamischen Ziele. (Diese seltene Ehrung erhielt übrigens auch der berühmte ägyptische TV-Hassprediger Jusuf al-Qaradawi, der die Ausrottung des jüdischen Volkes gemäß Koran ebenso fordert wie die höchste sunnitische Autorität und Scheich der Al-Azhar Universität Kairo, Dr. Muhammad Sayyid Tantawi. Beide loben Selbstmordattentäter als „tapfere Söhne des Islam“.)

Hofmann gehört aufgrund seines Werdeganges zu den muslimischen Intellektuellen. Trotzdem geht er weit über die Forderung nach immer mehr Moscheen in Deutschland hinaus und betreibt die Einführung der Schari'a, des islamischen Staatsgrundgesetzes, das die Lehren des Koran umsetzt und sowohl das öffentliche wie auch das private Leben eines Muslim bis in kleinste Einzelheiten bestimmt.

In seinem Buch „Der Islam als Alternative“ bestätigt Hofmann die zentrale Stellung des Koran und seiner menschenverachtenden Lehren. Der promovierte Jurist (!) schreibt: „Die gesamte Rechtsordnung wird am Koran als oberstem Grundgesetz (=Schari'a, d.Verf.) ausgerichtet. Der Muslim hat das Wort Allahs so, wie er es vorfindet, anzunehmen, ohne in philosophischer Hybris nach dem Wie zu fragen. Ich bin Fundamentalist in dem Sinne, dass ich in der Ausübung meines Glaubens auf die Fundamente des Islam zurückgehe, nämlich auf den Text des Koran und auf die Überlieferung des Propheten und seiner unmittelbar ersten Generation an Gefährten“ (=Hadith, d.Verf.).

Fazit: Bei der Islamisierung unseres Landes geht es schon längst nicht mehr um ein paar Moscheen mehr oder weniger – obwohl auch das schlimm genug ist – sondern um die Durchsetzung der Herrschaftsansprüche des Islam in ganz Europa.

Der Vorsitzende des ZMD, „Ayyub“ Köhler, promovierter

Geophysiker, stimmt Hofmann voll zu und ergänzt: „Für mich sind der Islam und der Koran die Wahrheit ... Man kann von uns nicht verlangen, dass wir die Grundsätze unserer Religion so anpassen, wie man es hier gern möchte ... Wenn ein Christ sagt, wir haben ja nicht einmal den gleichen Gott, dann ist praktisch ein Ende des Dialogs für uns gekommen ...“ (DIE WELT v. 4.3.2006).

Da müssten eigentlich diejenigen aus Politik und „offizieller“ Kirche, die schon seit 40 Jahren vergeblich dialogisieren und von einer multikulturellen Gesellschaft von Gutmenschen träumen, endlich aufwachen. Bei der Einweihung der Rendsburger Großmoschee lobte nicht nur der Ministerpräsident, sondern auch der Vertreter der Nordelbischen-Kirche für „christlich-islamischen Dialüg“, ein „Theologe“ Detlef Görrig aus Hamburg. Er rief zu mehr Toleranz der Deutschen (!!!) auf und rechtfertigte die Forderung der Muslime nach einem auch draußen zu hörenden „Gebetsruf“ des Muezzin: „Verbieten könne und dürfe man ihn nicht, sonst würde man den Boden des Grundgesetzes verlassen!“

Deshalb keine Toleranz gegenüber der Intoleranz. Bad Segeberg sollte keine größere Moschee zulassen, weil die Lehren des Koran gegen unsere demokratisch-freiheitliche Gesellschaftsordnung gerichtet sind.

Mit freundlichem Gruß

H. Nowitzky

» info@dieterschoenfeld.de



RTL: Schweizer sind Schuld an Christenverfolgung

✘ Unser [gestriger TV-Tipp](#), die RTL-Sendung „Extra“, entpuppte sich als ehrlich und unehrlich zugleich. Ehrlich in punkto Problemwahrnehmung: Die Christen in der Türkei werden verfolgt und müssen zum Teil um ihr Leben fürchten. Unehrlich in Sachen Problemursache: Die Schweizer sind Schuld – als ob die Christen in islamischen Staaten erst seit dem Schweizer Minarettverbot bedrängt würden.

Das Fazit von RTL: Die türkischen Christen wünschen sich Frieden Toleranz und Akzeptanz. Jedoch endet der Beitrag natürlich mit dem erhobenen Moralzeigefinger gegen die Schweiz:

„Die Schweizer Bürger haben eigentlich über Minarette abgestimmt. Dass sie auch über die Religionsfreiheit von Christen mitbestimmt haben, war ihnen sicher nicht bewusst.“

Schließlich sind die Moslems nicht Schuld daran, dass sie Christen verfolgen, es sind die bösen Schweizer, die sie dazu treiben... Nur war eigenartigerweise das Bauen von Kirchen in islamischen Staaten schon vor der Schweizer Entscheidung [per Fatwa verboten](#). Wie das jetzt wohl kommt? Das kann doch nichts mit dem Islam zu tun haben, oder?

Das Video zur gestrigen RTL-Sendung sehen Sie hier:

Das [christliche Medienmagazin PRO](#) sieht die Problemlage auch etwas differenzierter als RTL-„Extra“:

In Marokko sind 1,1 Prozent der Gesamtbevölkerung Christen. „Das Läuten der Kirchenglocken ist seit 1960 offiziell verboten. Es wird als Werbung für den christlichen Glauben angesehen, was untersagt ist.“ Dabei heiße es in der

Verfassung des Staates: „Der Staat garantiert die freie Religionsausübung für Jedermann.“ Generell könnten Christen ohne Beschränkungen ihren Glauben ausüben. Probleme gebe es nur bei Missionierung und Konversion vom Islam zum Christentum.

In Ägypten seien etwa zehn Prozent der 77 Millionen Bürger Christen; Spannungen gibt es vor allem zwischen Muslimen und Kopten. In der Türkei leben rund 150.000 Christen, das sind 0,3 Prozent der Bevölkerung. Tausende Kirchen hat sich der türkische Staat durch Enteignung einverleibt. „Grundsätzlich gilt für alle Religionsgemeinschaften in der Türkei, dass sie keine eigenständige Rechtsperson darstellen und somit nicht selbst Eigentum erwerben können, also auch keine Kirchen bauen können.“ Das gelte auch für islamische Gemeinden. „Es sind vor allem evangelikale Gruppen (Freikirchen), die für ihre rund 4.000 Konvertiten in der Türkei neue Gotteshäuser brauchen. Auch sie etablieren sich vor allem als Vereine.“

Saudi-Arabien ist sehr intolerant gegenüber Andersgläubigen. „Es ist in Saudi-Arabien offiziell verboten, eine andere Religion als den Islam öffentlich zu praktizieren.“ Der Koran ist die Verfassung Saudi-Arabiens, das Scharia-Gesetz ist Grundlage aller Rechtsprechung. „Auf den Übertritt vom Islam zum Christentum steht die Todesstrafe, Bibeln sind verboten.“ In dem Land leben mindestens eine Million christliche Gastarbeiter, jedoch gibt es keine einzige Kirche.

Von den 66 Millionen Einwohnern des Iran sind ungefähr 300.000 Christen. Obwohl der schiitische Islam Staatsreligion ist, werden in der Verfassung einige religiöse Gruppen – darunter auch die Christen – anerkannt. So gibt es immerhin 600 Kirchen im Iran. Dazu gehören 10.000 bis 15.000 Anhänger protestantischer Strömungen, „gegen die das Regime seit einigen Jahren verstärkt vorgeht“: Festnahmen, Einschüchterungen und Kirchenschließungen gibt es immer wieder. Am 9. September hat nun das iranische Parlament für die Einführung der Todesstrafe für Menschen gestimmt, die

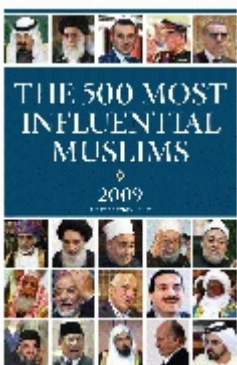
sich vom Islam abgewendet haben. Der Entwurf könnte noch in diesem Jahr Gesetz werden.

In Indonesien leben 19 Millionen Protestanten und acht Millionen Katholiken. Die Verfassung des südostasiatischen Inselstaates garantiert religiöse Freiheit, allerdings ist der Bau von Kirchen streng reguliert: Voraussetzungen für den Bau einer Glaubensstätte sind seit 2006 die Unterschriften von 90 Erwachsenen sowie die Zustimmung von mindestens 60 Personen anderen Glaubens aus der Nachbarschaft.

In vielen islamischen Staaten werden Christen schon seit Jahren verfolgt. Und wer hat's erfunden? Bestimmt nicht Ricola.

» redaktion.extra@rtl.de

Die 500 einflussreichsten Moslems 2009



In der neusten Ausgabe der moslemischen Selbstbeschau über die einflussreichsten Moslems werden auch die verschiedenen islamischen Strömungen aus der Innenperspektive vorgestellt. Darin steht interessanterweise auch, dass 96 Prozent aller Moslems Traditionalisten sind. Nur

gerade ein Prozent sind Modernisten und somit Vorzeigemoslems. Hardcore Extremisten sind mit drei Prozent schon dreimal mehr. Einflussreichster Moslem überhaupt ist der saudische Monarch, König Abdullah, gefolgt vom iranischen religiösen Führer, Ayatollah Ali Khamanei, und König Mohammed von Marokko. Den gesamten Bericht [lesen Sie hier](#).

(Spürnase: Die Realität)

Südtirol: Notarzt ergreift die Flucht



Weil ein junger Mann mit seinem Motorrad tödlich verunglückt war, griffen Freunde und Verwandte nicht nur den Fahrer des gegnerischen Autos an, sondern die Rettungskräfte gleich mit. Der Verstorbene war Marokkaner.

Südtirol online [schreibt](#):

Ein tödlicher Unfall hat Freitag Nacht in Bozen einen Großeinsatz der Staatspolizei und der Stadtpolizei ausgelöst.

Gegen 23 Uhr war ein Motorradfahrer in der Cagliaristraße bei einem Kiosk auf einen VW Golf geprallt und hatte sich dabei lebensgefährliche Verletzungen zugezogen.

Unmittelbar nach dem Unfall, bei dem der 18-jährige Moussa

Oulachgar am Unfallort starb, postierten sich um das Unfallauto herum mehrere Dutzend Personen – Verwandte und Freunde des Verstorbenen – und griffen den unter Schock stehenden Fahrer an.

Laut unbestätigten Angaben wurde dabei auch ein Fenster des Wagens eingeschlagen.

Die eiligst herbeigerufenen Beamten der Staatspolizei und der Stadtpolizei – insgesamt neun Streifenwagen – mussten den 22-jährigen Bozner vor den äußerst aufgebrachten und wütenden Angreifern beschützen. Er wurde mit leichten Verletzungen umgehend ins Bozner Krankenhaus gebracht.

Angeblich hat der Autofahrer bei einem Wendemanöver den herannahenden Motorradfahrer nicht gesehen. Der Notarzt konnte nichts mehr für den jungen Mann, der lebensgefährliche Verletzungen erlitten hatte, tun. Moussa Oulachgar ist in Bozen geboren. Seine Eltern stammen aus Marokko und leben seit 20 Jahren in Südtirol.

Rettungskräfte flüchten – Chaos in der Ersten Hilfe

Die aufgebrachte Menge griff schließlich auch die Rettungskräfte an. Laut den Rettern gab es an der Unfallstelle einen „noch nie dagewesenen Tumult“, was dazu führte, dass die Besatzung des Notarztwagens die Flucht ergreifen musste, nachdem der Notarzt alle Maßnahmen ergriffen hatte, um das Leben des jungen Marokkaners zu retten.

Die Verwandten und Freunde warfen den Rettungskräften vor, nicht schnell genug am Unfallort eingetroffen zu sein. Als die Lage zu eskalieren drohte, mussten die Rettungskräfte den Unfallort fluchtartig verlassen.

Ein Großaufgebot der Polizei und der Stadtpolizei war notwendig, um die Situation unter Kontrolle zu halten. Beim Streit wurde eine Beamtin tätlich angegriffen und leicht

verletzt.

Als sich der heftige Streit spät nachts dann sogar zur Ersten Hilfe im Krankenhaus verlagerte, wo der Autofahrer, aber auch einige der Verwandten und Freunde des Verstorbenen, die in Ohnmacht gefallen waren, behandelt wurden, musste die Polizei auch dort intervenieren, um die Sicherheit in der Ersten Hilfe zu gewährleisten.

Der Autofahrer wurde im Krankenhaus ärztlich versorgt und dann von Polizisten nach Hause begleitet.

Als er auch dort nachts an der Sprechanlage der Eingangstür zu seiner Wohnung verbal bedroht wurde, verständigte er die Polizei, die noch einmal ausrücken musste. Weitere Vorfälle gab es dann jedoch nicht mehr.

(Spürnase: Ludwig S.)



Spanien: Richter schmeißt Kopftuchanwältin raus



Gómez Bermúdez (Foto) gilt als einer der prominentesten und gefürchtetsten Richter in Spanien. Unter anderem führte er den Prozess gegen die Madrid-Attentäter und erhielt damals für seine Verhandlungsführung sehr viel Lob. Jetzt machte Bermúdez wieder von sich reden: Einer marokkanisch-stämmigen Anwältin, die während der Verhandlung ein Kopftuch tragen wollte, setzte er kurzerhand vor die Tür.

Der [Kölner Express](#) berichtet:

Aufruhr in Spanien. Eine Rechtsanwältin ist von einem Prozess ausgeschlossen worden – weil sie ein Kopftuch getragen hat. Richter Javier Gómez Bermúdez warf der Juristin vor, nicht ordnungsgemäß gekleidet gewesen zu sein. Die Anwältin zeigte daraufhin den Richter des Nationalen Gerichtshofs wegen Amtsmissbrauchs an.

Die 39-jährige Spanierin, die in Marokko geboren wurde, wies darauf hin, dass die Statuten den Anwälten das Tragen einer Robe vorschrieben. Von einem Verbot von Kopftüchern sei aber keine Rede. Der Richter habe ihr keine weitere Begründung für den Ausschluss gegeben und auf ihre Einwände hin lediglich gesagt: „In diesem Saal entscheide ich.“

Gómez Bermúdez ist einer der prominentesten Richter in Spanien. Er führte den Prozess gegen die Madrid-Attentäter, die im März 2004 vier Bomben in Pendlerzügen gezündet und 191 Menschen getötet hatten. Seine Verhandlungsführung war damals in der Presse gelobt worden.

Im Oktober sorgte der Richter für Schlagzeilen, als er von

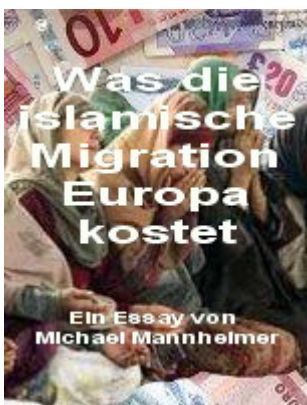
einer Zeugin, die eine Burka trug, verlangte, ihr Gesicht zu zeigen. Die Richter und Staatsanwälte müssten während der Aussage die Gesichtszüge der Zeugin sehen können. Die jetzt aus dem Gerichtssaal verwiesene Anwältin trug dagegen keinen Gesichtsschleier, sondern ein Kopftuch, das lediglich das Haar bedeckte.

Bravo, Señor Bermúdez!

(Spürnase: antivirius)



Sozialkosten für Migration in Europa – Schweden



“Was die islamische Migration Europa kostet – Eine Abrechnung mit einem Mythos” heißt ein neues Essay von [Michael Mannheimer](#), das wir unseren Lesern in ca. 15 Teilen anbieten und danach als Komplettversion zum Download auf PI zur Verfügung stellen. Dabei handelt es sich um die wohl

bislang umfangreichste journalistische Aufarbeitung zum Thema Kosten islamischer Migration.

Teil 3: Beispiel Schweden

Fast 18 Prozent des jährlichen Steueraufkommens für Migrationskosten

Sozialkosten muslimischer Immigranten

Schwedische Schätzungen gehen davon aus, dass die Einwanderung das Land jedes Jahr mindestens 40 bis 50 Milliarden Schwedische Kronen [ca. 4,3 bis 5,3 Milliarden Euro] kostet, vermutlich jedoch mehrere hundert Milliarden, und dass sie massiv dazu beigetragen hat, den einst weltweit gerühmten schwedischen Sozialstaat an den Rand des Bankrotts zu bringen. Die für 2004 geschätzten Einwanderungskosten in Höhe von 225 Milliarden Kronen [24 Milliarden Euro], was keine unwahrscheinliche Schätzung ist, würden 17,5 Prozent des schwedischen Steueraufkommens desselben Jahres ausmachen, eine schwere Bürde in einem Land, das bereits eine der höchsten Steuerraten der Welt hat. Doch obwohl auch in Schweden gilt, dass die Kosten der Immigration deren Nutzen um ein Vielfaches übersteigen, fordert der sozialdemokratische Finanzminister Pär Nuder weiterhin unverdrossen:

„Schweden braucht mehr Einwanderer“ (Fjordman [„Was kostet die islamische Einwanderung Europa?“](#), 23.06.2006)

angeblich, so Nuder, um das schwedische Sozialsystem zu sichern. Er verschweigt bei seiner Forderung jedoch, dass jenes einstmals vorbildliche schwedische Sozialsystem genau von denjenigen Massen der (überwiegend muslimischen) Immigranten an den Rand des Ruins gefahren wurde, die schwedische Politiker als Rettung des schwedischen Sozialstaatsystems anpreisen.

Muslimische Integrationsverweigerung

Doch für einen gewissen Teil ist auch das großzügige schwedische Sozialstaatmodell für die Probleme mit seinen Migranten selbst verantwortlich. Mit seinen hohen Geldzuweisungen für Arbeitslose und sonstige Sozialleistungsempfänger wird ein nur geringer Anreiz geboten, sich real um Arbeit zu kümmern. So berichtet der Iraner Nima Sanandaji von seinen erstaunlichen Erfahrungen beim Zusammentreffen seiner Familie mit dem schwedischen Wohlfahrts-System:

„In Schweden fand meine Familie ein politisches System vor, das ihr sehr befremdlich vorkam. Die Übersetzerin sagte uns, dass Schweden ein Land ist, in dem man, wenn man nicht arbeitet, jeden Monat einen Scheck von der Regierung in seinem Briefkasten vorfindet. Sie erklärte, dass kein Grund bestünde, einen Arbeitsplatz zu finden. (...) Obwohl meine Mutter mehrmals Arbeit hatte, fanden wir heraus, dass sich dadurch unser Familieneinkommen nicht verbesserte. Während der 16 Jahre, die wir jetzt in Schweden sind, hat meine Mutter insgesamt weniger als ein Jahr lang gearbeitet.“ (Nima Sanandaji: [„An Immigrant’s Tale“](#), in: TSCDAILY, 14.06.2005)

Das soll jedoch die vorherrschende Mentalität vieler Muslime nicht entlasten, sich von Beginn auf die monatlichen Schecks des Sozialsystems allein zu verlassen und sich so um ein ganzes Arbeitsleben zu mogeln. So liegen auch in Schweden Berichte von Imamen vor, die ihre Muslime explizit darauf hinweisen, dass der schwedische Sozialstaat genügend Geld zur Verfügung stellt auch ohne Arbeit – und dass es besser sei, viele Kinder zu zeugen, da allein durch das entsprechend hohe Kindergeld eine Sozialzuwendung entstünde, die ein normaler ungebildeter Muslim in Schweden durch ehrliche Arbeit niemals erzielen könne. Der erwünschte Hauptnebeneffekt tritt quasi en passant ein: irgendwann seien die Muslime derart zahlreich, dass Schweden friedlich übernommen werden könne. Wie die übrigen Länder Europas auch bezahlt Schweden mit seinen Steuergeldern an die muslimischen Migranten quasi seine eigene

Kolonisation durch den Islam.

Parallelgesellschaften

Über 20 Stockholmer Vorstädte haben heute bereits einen Migrantenteil von fast 70 Prozent. Wissenschaftler gehen davon aus, dass in fünf bis spätestens zehn Jahren die Migrantenquote in jenen Vororten bei annähernd 100 Prozent liegen wird.

Die Stadt Södertälje liegt etwa 40 Kilometer südöstlich von Stockholm und hat 82.000 Einwohner. In Schweden kennt man sie besser unter dem Begriff „Klein-Bagdad“. Södertälje sollte einmal eine Musterstadt für gelungene Integration in Schweden werden. Doch das Gegenteil ist eingetreten. Inzwischen sind bereits über 40 Prozent der Einwohner Södertäljes Migranten – in der Mehrzahl muslimischen Glaubens. Und jede Woche kommen durchschnittlich 30 neue Großfamilien aus dem Bürgerkriegsland Irak hinzu. Je mehr Iraker kommen, desto mehr Schweden ziehen aus Södertälje weg. Anders Lago ist Bürgermeister in Södertälje und verzweifelt über die Flut der neuen Mitbürger. Doch aufhalten kann auch er sie nicht. In Schweden, in Skandinavien und im Rest Europas wiederholen sich die Bilder: In den Städten werden ganze einheimische Bevölkerungen durch „nicht-westliche“ Bevölkerungen ausgetauscht. Wo dies gegen den Willen der eigenen Bevölkerung dient, und insbesondere wo sich die eingetauschten Bevölkerungen kollektiv weigern, sich den Sitten und Gesetzen ihres Gastlandes anzupassen: da kann man nicht weiter von Immigration, sondern muss man von systematischer Kolonisation sprechen.

Massenvergewaltigungen und sonstige Schwerstkriminalität

Zur gleichen Zeit gab es in Schweden im Zuge einer nie dagewesenen Einwanderungswelle einen geradezu explosiven Anstieg jeglicher Form von Gewalt (*Fjordman: [“Steep Rise in Crime”](#), 08.09.2005*). Politisch korrekt wird jener Umstand in Schweden sowohl durch die Politik (Politiker würden nie im

Traum eine kausale Verbindung zwischen Einwanderung und Kriminalität herstellen) als auch seitens der Medien totgeschwiegen. In einem der seltenen Fälle von wahrheitsgemäßer Berichterstattung enthüllte das sozialdemokratische (sic!) Boulevardmagazin *Aftonbladet*, dass neun von zehn der kriminellsten ethnischen Gruppierungen Muslime sind – ein Trend, der sich in den anderen europäischen Metropolen nahezu identisch wiederfindet. (Beispiel Frankreich: dort machen die Muslime „nur“ zehn Prozent der Bevölkerung aus, stellen aber 70 (!) Prozent aller französischen Gefängnis-Insassen).

So hat sich die Zahl der Vergewaltigungen in Schweden in nur wenig mehr als 20 Jahren vervierfacht ([„Immigrant Rape Wave in Sweden“](#), 12.12.2005), wobei Vergewaltigung von Kindern unter 15 Jahren (vor der Immigration ein nahezu unbekanntes Phänomen in Schweden) heute sechs Mal so häufig wie vor nur einer Generation vorkommen. In Schweden ansässige Ausländer aus Algerien, Libyen, Marokko und Tunesien dominieren die Gruppe der Verdächtigen. Die Rechtsanwältin Christine Hjelm, die Vergewaltigungsfälle an einem Gericht erforscht hat, fand heraus, dass 85 Prozent der verurteilten Vergewaltiger entweder im Ausland oder von ausländischen Eltern geboren worden waren (Hanne Kjöllner: [„En riktig våldtäktsman“](#), in: *OPINION*, 04.11.2005). Das norwegische Blatt *Aftenposten* zog jetzt mit neuesten Erkenntnissen zu diesem Thema nach. Demnach sind **alle** Vergewaltiger, die in den letzten drei Jahren für Vergewaltigungen angezeigt wurden, Einwanderer mit „nicht-westlichem Hintergrund“ (KRISTJAN MOLSTAD: [„Innvandrere bak alle anmeldte overfallsvoldteker i Oslo“](#), 16.04.2004) – was auch in Schweden die politisch korrekte Umschreibung für muslimische Immigranten ist. In diesem Bericht wird Hanne Kristin Rohde, Chefin der Osloer Polizeisektion für Gewalt und Sittlichkeitsverbrechen, folgendermaßen zitiert:

„Zahlen der Osloer Polizeisektion für Gewalt- und Sittlichkeitsverbrechen zeigen, dass alle 41 angezeigten

Überfallsvergewaltigungen von 2006-2008 von nicht-westlichen Tätern begangen wurden... Die Täter sind relativ junge Männer, die aus anderen Ländern kommen. Sie sind häufig Asylbewerber und kommen oft aus traumatisierten Ländern oder Ländern mit einem ganz anderen Frauenbild, als wir in Norwegen haben. Es sind Männer mit kurdischem oder oder afrikanischem Hintergrund, die die Statistik dominieren, und die Polizei meint, dass mehr vorbeugende Arbeit bei Männern mit Migrationshintergrund nötig ist.“ (ebd.)

Das Opfer



Eines der seltenen Photo-Beweise eines Vergewaltigungsopfers in Schweden. So sah die Schwedin Jenny aus, nachdem sie von Spaziergängern in einem Waldstück gefunden wurde. Sie wurde von vier Muslimen mehrfach vergewaltigt und so oft geschlagen, bis sie bewusstlos liegenblieb. Das Photo wurde unmittelbar nach ihrem Eintreffen im Krankenhaus Göteborgs aufgenommen (Quelle: [Fjordman: „Muslim Rape Wave in Sweden“](#), In: FRONTPAGEMAG, December 15, 2005).

Die Täter



Auf dem Foto links sind die vier Vergewaltiger der Schwedin, die von der Presse als „zwei

Männer aus Schweden, einer aus Finnland und einer aus Somalia“ vorgestellt wurden und über die nur in einer kleinen Rubrik an hinterer Seite berichtet wurde. Zu Beginn des Prozesses zeigte die Presse keine Fotos der vier Muslime, sondern – politisch korrekt – nur deren Silhouette (die jeweils linke Darstellung) und belog mit ihrer unfassbaren Berichterstattung ihre eigene Bevölkerung über den tatsächlichen Hintergrund der Tat und der Täter.

Massenvergewaltigung westlicher Mädchen und Frauen durch muslimische Immigranten und/oder deren Nachkommen sind mittlerweile längst zu einem Phänomen nicht nur in Schweden, sondern in weiten Teilen Nord- und Westeuropas, aber auch schon in Australien geworden. Wie immer wird auch dieses Phänomen von denen ignoriert und totgeschwiegen, die sie eingeschleppt haben: den linksorientierten Medien und linksgrünen Politikern. Mehr noch: die wenigen Mutigen, die es dennoch wagen sollten, auf solche Missstände aufmerksam zu machen, werden gnadenlos stigmatisiert und – wenn es sein muss – auch vor Gericht gezerrt. So erhielt der australische Journalist Paul Sheehan eine Anzeige wegen „Rassismus“ und „Anstiftung zum Rassenhass“. Sein Verbrechen: er hatte es gewagt, über Gruppenvergewaltigungen und die auch ansonsten hohe Kriminalitätsrate in den muslimischen Vierteln Sydneys zu berichten. Sogar einer seiner Kollegen, der Journalist David Marr, distanzierte sich von Sheehan und nannte dessen Reportage „schändlich“. Und der Vize-Präsident der australisch-libanesischen Moslemvereinigung bezeichnete es als „ziemlich unfair“, die ethnische Herkunft der Vergewaltiger zu veröffentlichen.

Aber auch die BBC nahm 2004 eine vorgesehene Dokumentation über den sexuellen Missbrauch weißer englischer Mädchen durch pakistanische und andere muslimische Männer aus dem Programm, nachdem die Polizei vor der Gefahr des Anwachsens ethnischer Spannungen gewarnt hatte. Der Sender, so ein Sprecher der BBC, sei sich seiner Verantwortung für die Gesellschaft bewusst

(Open speech: [„Vergewaltigungen durch Migranten. Vergewaltigungsepidemie in westlichen Ländern“](#)).

Die Rolle des Islam bei den Massenvergewaltigungen

Bei den Massenvergewaltigungen handelt es sich dabei um ein ganz originäres Phänomen des Islam selbst: nämlich dessen Verachtung gegenüber der Frau im allgemeinen, und dessen Verachtung gegenüber „ungläubigen“ Frauen im speziellen. So ist die Vergewaltigung „ungläubiger“ Frauen eine der ältesten Varianten des islamischen Dschihads. Seit 1400 Jahren wird dieses Mittel systematisch dazu eingesetzt, nicht-muslimische Frauen zu schwängern, um sie dann mit Muslimen zwangszuverheiraten und somit zu islamisieren. Eine Praxis, die bis in die Gegenwart fort dauert in all denjenigen Ländern, in denen eine nennenswerte christliche Diaspora lebt: so etwa in Pakistan, Indien, Nigeria, Ägypten (vgl. hierzu: Michael Mannheimer: [„Weltweite Christenverfolgung durch den Islam“](#)).

Islamische Männer vergewaltigen nicht-muslimische Frauen aus ethnisch-religiösen Gründen und werden dazu explizit seitens ihrer Imame ermuntert, ja sogar aufgefordert. In Sydney etwa erklärte Sheik Faiz Mohammed während eines Vortrages seinen Zuhörern, dass Vergewaltigungsoffer niemand anderen anzuklagen hätten als nur sich selbst. Frauen in knapper Kleidung würden Männer zur Vergewaltigung geradezu einladen. Denn, so der Scheich, westliche Mädchen seien allesamt „Huren und Schlampen“. Ein anderer Islamgelehrter, der ägyptische Gelehrte Sheik Yusaf al-Qaradawi, verkündete 2004 in London, nicht die Vergewaltiger, sondern die Vergewaltigungsoffer müssten bestraft werden, sofern sie sich nicht angemessen gekleidet hätten. Denn, so der Sheik, wer ohne Kopftuch und islamisch korrekte Verhüllung herumliefe, habe seine Vergewaltigung geradezu provoziert, wenn nicht gar gewollt. Auch in Kopenhagen ließ der islamische Mufti Shahid Mehdi verlauten, dass Mädchen, die kein Kopftuch trügen, um eine Vergewaltigung geradezu bitten würden.

Dementsprechend erklären viele Vergewaltiger vor Gericht, dass sie nicht glauben, mit ihrer Vergewaltigung überhaupt ein Verbrechen begangen zu haben. Schließlich habe sich ja jemand um das Mädchen „gekümmert“, und außerdem würden westliche Mädchen es sowieso mit allen Männern treiben. Moslemische Mädchen dagegen wären rein und müssten ihre Jungfräulichkeit auf jeden Fall für ihren zukünftigen Mann bewahren, da sie sonst Schande über sich und die Familie bringen würden (und dafür mit Tod bezahlen müssen, wie er verschwieg). Die meisten moslemischen Jugendlichen gaben zu, ihre sexuellen Bedürfnisse mit westlichen Mädchen auszuleben, später aber auf jeden Fall eine „reine“ islamische Frau heiraten zu wollen.

„Many immigrant boys have Swedish girlfriends when they are teenagers. But when they get married, they get a proper woman from their own culture who has never been with a boy. That's what I am going to do. I don't have too much respect for Swedish girls. I guess you can say they get fucked to pieces.“ (Frontpage Magazine: [„Muslim Rape Wave in Sweden“](#), 15.12.2005)

Das sind nur einige der symptomatischen Auswüchse des geschichtlich beispiellosen Geschlechterapartheid-Systems namens Islam, jener archaisch-totalitären Männerherrschaft Ewiggestriger, die sich seit 1400 Jahren erfolgreich als Religion tarnt.

Die oben genannten kriminellen, gleichwohl religiös begründeten Auswüchse finden im Rahmen dieses Essays deswegen Erwähnung, weil die islamische Immigration nicht nur materielle, sondern weit mehr als das, ungeheure ideelle Schäden in der gewachsenen, sich auf christlichen und griechisch-römischen Werten gründenden europäischen Kultur und Gesellschaft hinterlässt. Die europäische Aufklärung, die zur Menschenrechtsdeklaration der UN geführt hat, in welcher Gleichheit des Individuums vor dem Gesetz, Gleichheit von Mann und Frau, Meinungs- und Versammlungsfreiheit u.v.m. zu

unveräußerlichen Grundrechten eines jeden Menschen erkoren wurde, stellt die vermutlich größte soziale Errungenschaft der bisherigen menschlichen Zivilisation dar. Doch unter dem moralisch fragwürdigen und rechtlich durch nichts gedeckten Hinweis auf eine sog. „Religionsfreiheit“ ist es den linksgrünen Werte-Relativisten (in Zusammenarbeit mit zahlreichen Politikern, Journalisten und sonstigen Intellektuellen des bürgerlichen Lagers) gelungen, diese Werte in einem Ausmaß zugunsten des Islam und dessen menschen- und frauenfeindlichen Gesetzen auszuhöhlen, wie es vor Jahrzehnten noch für unvorstellbar gehalten worden wäre. Eine jener Werte-Relativierer ist die Osloer Anthropologie-Professorin Unni Wikan. Angesichts der Vergewaltigungswelle durch Muslime in Norwegen rät sie ihren Geschlechtsgenossinnen allen Ernstes, doch bitteschön die Tatsache zur Kenntnis zu nehmen, dass deren freizügige Art, sich zu bekleiden, von den muslimischen Männern nun mal als provokativ und direkte Aufforderung zum Sex aufgefasst würden. Wikan ist nur eines von zahllosen Beispielen, wie fehlgeleitete akademische Wirrköpfe den Islam bei der Kolonisierung Europas aktiv unterstützen.

» Demnächst Teil 4: Dänemark

Bisher erschienen:

» Teil 1: [Einleitung](#)

» Teil 2: [Die Fakten am Beispiel Norwegen](#)

**Moslem-Mutter wollte aus
Kindern Bomben bauen**



Die sechsfache aus Marokko stammende Mutter Houria Chahed Chentouf (Foto) mit niederländischem und britischem Pass versuchte, einen [Memory-Stick mit über 7000 Terror-Dokumenten](#), darunter eine ganze Enzyklopädie über den Bombenbau im Ärmel ihrer Burka versteckt von Holland nach Großbritannien zu schmuggeln. Der Stick fiel ihr ungeschickterweise am Flughafen Liverpool aus dem schwarzen Gewand heraus.

Wie sich später herausstellte, plante die Dame aus sich selbst und ihren sechs Kindern lebende Bomben zu basteln, weil sie davon besessen war, ihr Leben und ihre Familie dem islamischen Dschihad zu opfern. Sie schrieb dazu eigenhändig:

Ich selbst und meine Kinder würden Rache nehmen, wir wären Bomben im Dienste dieser Religion, möge Allah euch vergeben.

Die auf dem Datenträger beschriebenen Sprengsätze waren konzipiert, um damit „so viele Menschen wie möglich“ zu töten. Zuhause chattete die Frau mit Terroristen-Kollegen am PC. Dennoch ließ das britische Gericht milde walten und betrachtete ihre Strafe mit der Untersuchungshaft für verbüßt, weil sie den Stick ja angeblich niemandem weitergeben wollte – Bomben für den privaten Hausgebrauch also – und weil sie psychisch krank sei, denn Islam ist ja bekanntlich Frieden™.

(Spürnasen: Rüdiger W. und Martino)

KStA macht marokkanischen Täter zum Opfer



Screenshot der Falschmeldung

des Kölner Stadt-Anzeigers.

Die billige [Urlaubsvariante „CouchSurfing“](#) erfreut sich in Deutschland großer Beliebtheit. Das Prinzip ist einfach: Man bietet seine Couch im Internet als Schlafplatz an und kann im Gegenzug auf anderen Sofas weltweit übernachten gehen. Klingt ganz verlockend, wenn da nicht eine gewisse Bereicherungsgefahr bestünde. Dies musste jetzt eine **29-jährige Touristin aus Hongkong** erfahren, die von einem **34-jährigen marokkanischen Couchanbieter** im englischen Leeds vergewaltigt wurde. Für den Mann gehörte dies wohl zum inbegriffenen Service.

UPDATE: Die KStA-Online-Redaktion hat ihren Fehler soeben korrigiert – allerdings sehr politisch korrekt: Aus dem irreführenden Titel „Brite hat Couchsurferin vergewaltigt“ wurden die ersten beiden Worte entfernt, in der Einleitung wurde aus der „Marrokanerin“ eine Touristin und in dem Fließtext, der ursprünglich Original von [afp](#) übernommen wurde, ist jetzt wie durch Zauberhand aus „Der 34-jährige Marokkaner habe der“ ein „Der 34-jährige habe der“ geworden. Liebe KStA-Schreiberlinge: in dem Fall muss „34-jährige“ allerdings groß geschrieben werden!

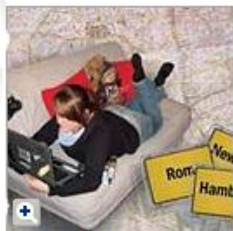
Und was macht der Kölner Stadt-Anzeiger aus dieser Meldung? [Im Artikel, der über den Vorfall berichtet](#), verdreht die

Qualitätszeitung im eigen formulierten Teil (Überschrift und Einleitung) einfach mal die Fakten: Das Opfer sei eine Marokkanerin und der Titel suggeriert, der Täter sei Ur-Engländer.

Brite hat Couchsurferin vergewaltigt

Erstellt 29.10.09, 16:00h

Er hatte einer Marokkanerin über das Internetportal „Couchsurfing“ einen Schlafplatz angeboten. Als sie angereist war, hat er sie vergewaltigt. Jetzt wurde er verurteilt.



Wer hat eins, wer sucht eins? „Couchsurfing“ nutzen häufig junge Menschen. (Bild: Archiv)

LONDON - In Großbritannien ist ein Mann zu zehn Jahren Haft verurteilt worden, weil er einer Touristin aus Hongkong über das Internet einen kostenlosen Schlafplatz in seiner Wohnung angeboten und sie dann vergewaltigt hat. Der 34-jährige Marokkaner habe der 29-jährigen Frau über die Internetseite "CouchSurfing" angeboten, bei ihrer Europareise in seiner Wohnung im nordenglischen Leeds zu übernachten, teilte die Polizei am Donnerstag mit. Dort habe er sie aber vergewaltigt und gedroht, sie zu töten. Der Mann habe das Vertrauen der Frau "auf die furchterlichste Art" missbraucht, sagte eine

Polizeisprecherin. Das Urteil erging demnach bereits am Mittwoch.

Auf der Internetseite von "CouchSurfing" können Reisende Profile von sich anlegen und Kontakt zu Menschen aufnehmen, die in ihrem Reiseziel leben und kostenlose Übernachtungsmöglichkeiten bei sich zu Hause anbieten. Das Netzwerk hat eigenen Angaben zufolge etwa 1,5 Millionen Mitglieder. (afp)

Das Opfer ist jedoch in Wirklichkeit eine Chinesin aus Hongkong, der Täter ein Moslem aus Marokko, wie es weiter unten in der vom Stadtanzeiger übernommenen [afp-Meldung](#) korrekt heißt.

Dann sind wir mal gespannt wie lange es dauert, bis die Online-Redakteure des Dumont-Blatts ihren schweren Lapsus korrigieren. Wir halten unsere Leser darüber auf dem laufenden.



Terrorvideo zeigt „blonden“ Dschihad-Nachwuchs



[Im Internet](#) ist eine neue Videobotschaft bislang unbekannter Dschihadisten aus Deutschland namens „Abu Askar“ oder „Abu Safiyaa“ aufgetaucht. Der Propagandafilm zeigt die Anwesenheit deutscher Islamisten in Terrorlagern im pakistanischen Grenzgebiet – unter anderem von blonden, europäisch wirkenden Nachwuchs-Dschihadisten.

Der [Spiegel](#) berichtet:

In dem Video tauchen mehrere deutschsprachige Islamisten auf, Kämpfer der Islamischen Bewegung Usbekistans (IBU), darunter die schon bekannten Bonner Brüder Yassin und Mounir Chouka. Die weiteren deutschen Muslime nennen sich Abu Askar oder Abu Safiyaa und werben für den Kampf gegen die Ungläubigen.

Gezeigt würden in dem fast einstündigen Propagandafilm hauptsächlich Kampfszenen im pakistanischen Grenzgebiet, das Alltagsleben in den Trainingslagern der IBU sowie eine längere Predigt von Yassin Chouka alias Abu Ibrahim, heißt es

in dem Bericht. An einer Stelle erkläre Abu Askar in den Reihen der Terrorgruppe befänden sich Brüder aus Russland, Marokko, Tunesien, China, Europa und Usbekistan.

Auch die Trainingslager der Islamischen Bewegung Usbekistans tauchten in dem Video auf. Dort trainiere bereits der Dschihad-Nachwuchs. Offenbar würden schon kleine Kinder im Umgang mit Schusswaffen geschult und erhielten Islam-Unterricht. Auffällig sei, dass sich unter den Kindern mehrere blonde, europäisch wirkende Jungen befänden.

Das Bundesinnenministerium hat die Existenz des Videos bestätigt. „Wir werten es aus“, sagte eine Sprecherin am Samstagabend der Nachrichtenagentur dpa.

In welche Länder Westerwelle nicht reisen dürfte



Guido Westerwelle avanciert wohl zu unserem neuen Außenminister. Seine Homosexualität ist kein Geheimnis. Allerdings gibt es viele Länder, in denen dafür lebenslange Haft oder gar die Todesstrafe droht. Der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle präsentierte im Juli 2004 bei einer Feier zum 50. Geburtstag der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel erstmals seinen

männlichen Lebenspartner in der Öffentlichkeit.

(Von [Michael Grandt](#))

Seine Homosexualität war kein Geheimnis mehr und auch andere Politiker in Spitzenämtern stehen dazu. Etwa Klaus Wowereit (SPD, Regierender Bürgermeister von Berlin), Ole von Beust (CDU, Erster Bürgermeister von Hamburg) und Volker Beck, Bundestagsabgeordneter der GRÜNEN. Es ist eine Errungenschaft unserer Demokratie und unserer Gesellschaft, dass dies bei uns möglich ist.

Anders sieht das allerdings in verschiedenen Ländern der Erde aus. Guido Westerwelle wird als Außenminister die Bundesrepublik im Ausland repräsentieren und dabei wohl auch mit Staatsoberhäuptern konferieren, in deren Ländern Homosexuelle kriminalisiert und sogar mit der Todesstrafe bedroht werden.

Im vergangenen Dezember hatte Westerwelle schon einmal erste außenpolitische Leitlinien formuliert. Explizit sprach er sich dafür aus, jenen Staaten die Entwicklungshilfe zu streichen, [»wo Männer und Frauen hingerichtet werden, nur weil sie homosexuell sind«](#).

Guido Westerwelle dürfte also in verschiedene Länder gar nicht einreisen, weil diese Gesetze gegen Homosexualität und gleichgeschlechtliche Liebe verabschiedet haben.

Hier eine Auflistung dieser Staaten und deren Höchststrafen:

AFRIKA

Ägypten: 3 Jahre Haft

Algerien: 3 Jahre Haft

Äthiopien: 3 Jahre Haft

Benin: 3 Jahre Haft

Botswana: 7 Jahre Haft

Eritrea: 3 Jahre Haft

Gambia: 14 Jahre Haft
Guinea: 3 Jahre Haft
Kamerun: 5 Jahre Haft
Kenia: 14 Jahre Haft
Liberia: Bußgeld
Libyen: 5 Jahre Haft
Malawi: 5 Jahre Haft
Marokko: 3 Jahre Haft
Mauretanien: Todesstrafe ohne Ausnahme
Mauritius: 5 Jahre Haft
Mosambik: 3 Jahre Haft
Nigeria: Todesstrafe durch Steinigung oder 14 Jahre Haft (nur für Männer)
Sambia: 14 Jahre Haft (nur für Männer)
Sansibar: 25 Jahre Haft, da mit Mord gleichgestellt (7 Jahre Haft für Frauen)
Senegal: 5 Jahre Haft
Sierra Leone: Lebenslänglich
Simbabwe: 3 Jahre Haft
Somalia: Todesstrafe (in Gebieten, in denen die Sharia gilt), ansonsten 3 Jahre Haft
Sudan: Todesstrafe
Tansania: 14 Jahre Haft
Togo: 3 Jahre Haft
Tunesien: 3 Jahre Haft
Uganda: 20 Jahre Haft (nur für Männer)

ASIEN

Afghanistan: 15 Jahre Haft
Bahrain: 10 Jahre Haft (nur für Männer)
Bangladesch: Lebenslänglich
Brunei: 10 Jahre Haft
Iran: Todesstrafe (nur für Männer), 100 Peitschenhiebe (für Frauen)
Jemen: Todesstrafe
Katar: 5 Jahre Haft

Kuweit: 7 Jahre Haft
Libanon: 1 Jahr Haft
Malaysia: 20 Jahre Haft
Malediven: 10 Jahre Haft
Myanmar: Lebenslänglich
Nepal: 1 Jahr Haft
Oman: 3 Jahre Haft
Pakistan: Lebenslänglich (nur für Männer)
Saudi Arabien: Todesstrafe
Singapur: Lebenslänglich
Sri Lanka: 10 Jahre Haft
Syrien: 3 Jahre Haft
Turkmenistan: 2 Jahre Haft (nur für Männer)
Usbekistan: 3 Jahre Haft (nur für Männer)
Vereinigte Arabische Emirate: 10 bis 14 Jahre Haft

NORD- und MITTELAMERIKA

Antigua und Barbuda: 15 Jahre Haft
Barbados: Lebenslänglich
Grenada: 10 Jahre Haft (nur für Männer)
Jamaika: 10 Jahre Haft, verbunden mit schwerer Zwangsarbeit
(nur für Männer)
St. Kitts und Nevis: 10 Jahre Haft (nur für Männer)
St. Lucia: 10 Jahre Haft
St. Vincent und die Grenadinen: 10 Jahre Haft
Trinidad und Tobago: 25 Jahre Haft

OZEANIEN

Cookinseln: 14 Jahre Haft (nur für Männer)
Kiribati: 14 Jahre Haft (nur für Männer)
Palau: 10 Jahre Haft (nur für Männer)
Papua-Neuginea: 14 Jahre Haft (nur für Männer)
Samoa: 7 Jahre Haft
Salomonen: 14 Jahre Haft
Tonga: 10 Jahre Haft (nur für Männer)
Tuvalu: 14 Jahre Haft (nur für Männer)

SÜDAMERIKA

Guyana: Lebenslänglich

Man darf also gespannt sein, wie manche Staatschefs unseren designierten, neuen Außenminister aufnehmen werden.

(Quelle: [KOPP-Verlag](#))